

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Halo Saibold, Cem Özdemir und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 13/7720 –

Goldabbau an der türkischen Ägäis

An der türkischen Ägäis, einer der historisch bedeutsamsten Regionen Europas, wurde vor kurzer Zeit mit dem Goldabbau begonnen. Nahe Bergama, dem historischen Pergamon, südlich von Troja will die Gesellschaft „Eurogold“ Gold abbauen.

Seit über sieben Jahren leistet die dortige Bevölkerung jedoch gewaltfreien Widerstand gegen das Projekt, weil durch den Goldabbau die Existenzgrundlagen der Bevölkerung zerstört werden. Landwirtschaft und Tourismus gehören zu den wesentlichen Einkommensquellen der Menschen in dieser Region.

Durch den Goldabbau werden große Flächen an Land zerstört. Für die im Tagebau vorgesehene Goldgewinnung müssen jährlich 2,5 Mio. Tonnen Erde bewegt werden. Bereits heute wurden 2 500 Olivenbäume gefällt. Zur Goldgewinnung wird die hochgiftige Chemikalie Zyanid eingesetzt, die zu einer Verseuchung von Boden und Grundwasser führen kann. Experten schätzen, daß in der geplanten Mine bei Bergama ungefähr 4 500 Tonnen Natriumzyanid eingesetzt werden, um das Gold aus der Erde auszuwaschen. Beim Goldabbau werden zudem große Mengen an Trinkwasser verbraucht.

Das Europäische Parlament hat deshalb 1994 eine Entschließung zum Goldabbau mit zyankalihaltigen Stoffen verabschiedet, in der diese Form des Goldabbaus abgelehnt wird. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat 1995 einen Antrag zum Goldabbau in der Westtürkei (Drucksache 13/1017) eingebracht.

Nachdem Ende April 1997 rd. 5000 Bauern mit ihren Traktoren das Betriebsgelände der Firma „Eurogold“, die den Goldabbau durchführt, besetzt hatten, kam es zu einem einmonatigen Abbaustopp.

Weltweit wurden Proteste gegen den Goldabbau erhoben. Deutsche Reiseveranstalter (TUI, Studiosus) wie auch Verbände aus der Reisebranche (Deutscher Reisebüroverband, Internationaler Bustouristik Verband) setzen sich gegen den Goldabbau ein, da die Region Bergama mit seinen Kulturstätten eine touristisch bedeutsame Region darstellt. Deutsche Medien haben ebenfalls ausführlich über die gravierenden ökologischen und sozialen Probleme im Zusammenhang mit dem Goldabbau berichtet.

In der Sendung „Kennzeichen D“ des ZDF vom 30. April 1997 mit dem Titel „Schmutziges Gold“ wurde erwähnt, daß der damalige Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Klaus Töpfer, über die Pläne zum Goldabbau in der Region Bergama informiert und von verschiedenen Seiten darum gebeten wurde, sich gegen den Goldabbau einzusetzen. Wie in der Sendung am 30. April 1997 ausgeführt wur-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 5. Juni 1997 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

de, war Bundesminister Dr. Klaus Töpfer jedoch nicht bereit, zu Fragen im Zusammenhang mit dem Goldabbau in Bergama Stellung zu nehmen.

Vorbemerkung

Die Bundesregierung hat im Zusammenhang mit dem Beschluß des Europäischen Parlaments vom 17. November 1994 sowie auf einen Antrag der Abgeordneten Halo Saibold, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Waltraud Schoppe, Cem Özdemir, Ludger Volmer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN des Deutschen Bundestages vom 8. März 1995 zum „Goldabbau in der Westtürkei unter Einsatz zyanalkalihaltiger chemischer Stoffe durch Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland“ und auf zwei schriftliche Fragen der Abgeordneten Birgit Homburger bereits Auskunft erteilt, daß deutsche Unternehmen nicht mehr an der Durchführung oder Finanzierung der Projekte beteiligt sind. Hier vorliegende Gutachten haben bestätigt, daß die Projekte dem Stand der Technik sowie den Umweltanforderungen entsprachen. Es bestand somit keine Veranlassung, tätig zu werden.

Davon ausgehend beantworte ich die Fragen wie folgt:

1. Trifft es zu, daß der damalige Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Klaus Töpfer, bereits 1994 über die Pläne der türkischen Regierung bzw. des Eurogold-Konzerns informiert wurde, an verschiedenen Orten in der Türkei (u. a. bei Bergama) mit Hilfe der Chemikalie NaCN Gold zu gewinnen?

Wenn ja, durch wen wurde Bundesminister Dr. Klaus Töpfer informiert?

2. Trifft es zu, daß Dr. Klaus Töpfer sowohl als damaliger Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wie auch als Eigentümer eines Ferienhauses in der Region Bergama von verschiedener Seite gebeten wurde, sich gegen den Goldabbau in der Türkei – insbesondere in der Region Bergama – einzusetzen?

3. Wurden diese Ersuchen von dem damaligen Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Klaus Töpfer, beantwortet?

Wenn ja, in welcher Weise?

Wenn nein, warum nicht?

4. Ist der damalige Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in irgendeiner Weise in Sachen Goldabbau in der Türkei aktiv geworden?

Wenn ja, in welcher Weise?

5. Hatte bzw. hat Bundesminister Dr. Klaus Töpfer wegen des Goldabbaus in der Region Bergama Kontakte mit türkischen Politikern und Behörden?

Wenn ja, hat sich Bundesminister Töpfer für oder gegen den Goldabbau ausgesprochen?

6. Warum lehnte Bundesminister Dr. Klaus Töpfer – auf Anfrage eines Journalisten des ZDF – es ab, zu Fragen, die den Goldabbau in der Region Bergama betreffen, Stellung zu nehmen?

7. Treffen Beobachtungen von Einwohnern, Touristen sowie eines Reporters des ZDF zu, daß das Gelände und das Ferienhaus von Bundesminister Dr. Klaus Töpfer von türkischen Militärs bewacht wird, und wie ist dies zu erklären?

Steht dies in einem Zusammenhang mit seiner Funktion als Bundesminister der Bundesrepublik Deutschland?

Zu den Fragen 1 bis 7 zusammenfassend

Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer verbringt mit seiner Familie seit mehreren Jahren seinen Sommerurlaub in der Feriensiedlung Dogakoy bei Ayvalik in der Türkei. Dies ist in Deutschland

und in der Türkei des öfteren über die Medien berichtet worden. Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer ist daher über zahlreiche regionale und überregionale Probleme in der Türkei und so auch über verschiedene Umweltprobleme schriftlich und mündlich von türkischen und deutschen Staatsbürgern unterrichtet worden. Als privater Urlauber hat Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer diese Informationen nicht zum Gegenstand offizieller Interventionen gemacht.

In Ergänzung zu Frage 1

Die Bundesregierung hat 1994 mehrfach Schreiben und Informationen über eine beabsichtigte Goldgewinnung in der westlichen Türkei erhalten, u. a. vom Europäischen Parlament, von Frau Birgit Homburger, MdB, vom Bürgermeister der Stadt Bergama, vom Generalkonsulat in Izmir, von deutschen Urlaubern in der Türkei sowie aus der Presse.

In Ergänzung zu Frage 2

In den vorgenannten Schreiben wurde die Bundesregierung auch gebeten, tätig zu werden.

In Ergänzung zu Frage 3

Die Bundesregierung hat auf die vorgenannten Schreiben geantwortet und mitgeteilt, daß die ihr vorliegenden Umweltgutachten zeigen, daß die Projekte der Goldgewinnung alle nationalen und auch die international relevanten Standards erfüllen bzw. in einigen Bereichen darüber hinausgehen, daß das für die Goldgewinnung in der Türkei vorgesehene Verfahren dem Stand der Technik entspricht und daß bei den Projekten den Umwelanforderungen Rechnung getragen wird.

Dabei wurde darauf verwiesen, daß das Genehmigungsverfahren in die ausschließliche Zuständigkeit der Türkei fällt und die Bundesregierung vor diesem Hintergrund keine Veranlassung für eine Intervention sieht.

In Ergänzung zu Frage 4

Die Bundesregierung hat die Informationen über die beabsichtigte Goldgewinnung zum Anlaß genommen, die Projekte der Goldgewinnung sowie die ihr vorliegenden Umweltgutachten unabhängiger neutraler Ingenieurbüros und die türkische Umweltverträglichkeitsprüfung begutachten zu lassen.

In Ergänzung zu Frage 5

Die Bundesregierung hat sich nicht gegen den Goldabbau ausgesprochen. Auf die Antworten zu Fragen 3, 8 und 10 wird verwiesen.

In Ergänzung zu Frage 7

Zu Schutzmaßnahmen der türkischen Stellen für Schutzpersonen nimmt die Bundesregierung keine Stellung.

8. Ist die Bundesregierung der Meinung, daß das Verfahren zur Goldgewinnung mittels Zyanid-Lauge zur einer erheblichen Verseuchung von Boden und Gewässern führt bzw. führen kann?

Nein, siehe Antworten zu Fragen 3 und 10. Bei ordnungsgemäßigem Betrieb sind Umweltschädigungen durch den Cyanlaugungsbetrieb nicht zu erwarten. Anfallende Reststoffe werden in einem dreistufigen Cyanidentgiftungsverfahren gereinigt und dann in einem nach internationalem Standard abgedichteten Becken abgelagert, das gereinigte Wasser wird wiederverwendet. Mit den Reinigungsverfahren kann sichergestellt werden, daß die Cyanid- und Schwermetallkonzentrationen auf Werte reduziert werden, die z. T. die Standards für die Direkteinleitung in Oberflächengewässer erfüllen.

9. Was tut die Bundesregierung, um sich gegen diese weltweit angewendete, umweltzerstörende Form der Goldgewinnung einzusetzen?

Auf die Antworten zu Fragen 3, 8 und 10 wird verwiesen.

10. Wirkt die Bundesregierung auf die Firma „D.“ in Frankfurt ein, die die Chemikalie Zyanid (NaCN) zur Gewinnung von Gold herstellt und vertreibt, wegen der großen Gefahren für Umwelt und Menschen, den Verkauf und Vertrieb dieser Chemikalie einzustellen?

Wenn nein, warum nicht?

Nein. Natriumcyanid ist nach der Gefahrstoffverordnung zwar als sehr giftig eingestuft, jedoch bei Beachtung der Regelungen der Gefahrstoffverordnung zur Kennzeichnung von und zum Umgang mit Natriumcyanid (Lagerung, Betriebsanweisung, Betriebsunterweisung und Grenzwerte) besteht keine Gefahr für Mensch und Umwelt, die ein Verbot von Natriumcyanid rechtfertigt. Für die Bundesregierung besteht daher keine Veranlassung, die Produktion und den Vertrieb von Natriumcyanid zu untersagen. Auch in den übrigen Mitgliedstaaten der EU wird keine Notwendigkeit gesehen, Verbots- und Beschränkungsmaßnahmen durch Ergänzung bzw. Änderung der einschlägigen EG-Richtlinie 769/76/EWG zu ergreifen.

11. Welche Abkommen und rechtlichen Regelungen auf nationaler und internationaler Ebene gibt es, die das Thema „Einsatz zyankalihaltiger chemischer Stoffe beim Goldabbau“ zum Inhalt haben?

Welche Regelungen werden hier getroffen?

Abkommen dieser Art gibt es nicht.

12. Kann die Bundesregierung bestätigen, daß keine deutschen Unternehmen in den Firmenkonsortien direkt oder indirekt beteiligt sind, die die Firmen „Eurogold“ und „Tüprag“ in der Türkei zum Goldabbau gegründet haben?

Ja. Die Bundesregierung kann bestätigen, daß keine deutschen Unternehmen mehr an Goldprojekten in der Türkei beteiligt sind.

13. Ist der Bundesregierung bekannt, ob und inwieweit an der Ägäis, insbesondere bei Bergama, bei den derzeitigen Aktivitäten des Goldabbaus auch die Gewinnung von Uran eine Rolle spielt?

Nein.

14. Trifft es zu, daß Außenminister Dr. Klaus Kinkel Kenntnis davon hat, daß deutsche Unternehmen den Auftrag für den Bau eines Atomkraftwerkes in Akkuyu/Südtürkei erhalten haben bzw. an dem Bau beteiligt sind?
15. In welcher Art und Weise hat sich Bundesaußenminister Dr. Klaus Kinkel bei der Vermittlung dieses Auftrages engagiert?

Zusammenfassend zu den Fragen 14 und 15

Das staatliche türkische Elektrizitätsunternehmen TEAS hat im Dezember 1996 die Errichtung eines ersten türkischen Kernkraftwerks (Leistung zwischen 600 und 1400 Megawatt) am südost-türkischen Küstenstandort Akkuyu ausgeschrieben. Das finanzielle Volumen des Auftrags umfaßt insgesamt 6 Mrd. DM. Für diesen Auftrag hat auch das deutsch-französische Gemeinschaftsunternehmen Nuclear Power International (NPI) ein Angebot abgegeben. Bundesminister Dr. Klaus Kinkel hat das deutsche Interesse an einem Auftrag für den Bau des Kernkraftwerks Akkuyu bei seinem Besuch in Ankara am 26. März 1997 gegenüber seinen Gesprächspartnern aus Politik und Wirtschaft deutlich gemacht und für eine Berücksichtigung des NPI-Angebots bei der Entscheidung über die Ausschreibung geworben.

16. Ist die Bundesregierung der Meinung, daß es einen Zusammenhang zwischen dem Bau eines Atomkraftwerkes in der Südtürkei und der Suche nach Uran beim Goldabbau in Bergama gibt?

Nein, siehe auch Antwort zu Frage 13. Die Pläne für ein Kernkraftwerk in Akkuyu sind nicht neu. Bereits 1983 hatte eine ähnliche Ausschreibung stattgefunden. Jüngste Prognosen über eine drohende Stromknappheit in der Türkei haben jetzt zu einer Wiederaufnahme der Planungen für den Bau von Kernkraftwerken geführt.

